

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Zeilage „Der Rote Stern“ und den Zeilagen „Die Tribune“, „Die Kommunistin“, „Der Zensurolet“, „Die Rote Giebel“. Inhalt die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Bitterfeld, Görlitzberg, Nieder-hermsdorf, Seidorf, Neusalzbrunn, Nieder-Salzenbrunn, Weißkita.

Anzeigendienst: Die 10gepflanzte Millimeterelle ob, deren Raum 100 Goldpfennige Stellen und Wohnungsgesuch, Familienanträgen, Vereins- und Versammlungsmeldungen 5 Goldpfennige — Meldemerkmal: Die Millimeterelle Sägenstellen über deren Raum im Tag 50 Goldpfennige

Dienstag, 21. Oktober 1924

Bewegungspreis: Bei wöchentl. 8 maligem Auflage 100 Bl. 10 Pf. Einzelblatt 50 Pf. Einzelblatt durch Straße 50 Pf. Postkarte 10 Pf. Postkarte und Expedition Dresden, Leipziger Straße 10 — Postkarte Dresden Nr. 51049 — Fernpostkarte: Dresden, Klingenberg

Reichstagsauflösung! Neuwahlen am 15. Dezember! Gleichzeitig Neuwahlen in Preußen, Hessen und Hamburg.

Die Bemühungen des Reichskanzlers, die jetzige Regierung zu erweitern, um ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zur Fortführung der Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Darauf hat der Reichskanzler, daß ein anderer Weg nicht gezeigt, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichslabouristenteil beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages beantragt, um ihm die Gelegenheit zu geben, eine falsche Mehrheit zu schaffen. Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichskanzlers entsprochen und nachstehende Verordnung erlassen:

Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Janus- und Aufstandspolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident: Ebert:

Der Reichskanzler: Marx.

Nach widerlichem fünfwochigen Schach um die Regierungssessel, der selbst dem sozialdemokratischen Zentralorgan, dem „Vorwärts“ einen Protestruf gegen den Parlamentarismus entlockte, ist der Reichstag aufgelöst worden. Was wir Kommunisten vom ersten Tage an gefordert haben und was alle Parteien von der SPD bis zu den Deutschen Nationalen zu sabotieren versuchten, dazu nutzten sie gegen Minister zu ernennen. Wenn die „Volkswoche“ ihren Unschuld, sich über das Schachgescheit zu zwingen, hinzunehmen.

Besonders erbärmlich in der ganzen Regierungskrise war die Stellung des Eberts, der entgegen seinem verfassungsmäßigen Recht und seiner verfassungsmäßigen Pflicht die Auflösung des Reichstages hintertrieb und bereit war, selbst Deutschnational-Minister zu ernennen. Wenn die „Volkswoche“ den Parteigang des Reichspräsidenten Ebert dessen Herauswurf aus der Partei hunderttausend sozialdemokratische Arbeiter einmütig verlangt haben, deckt und mit allerlei Statuten und Paragraphen rechtsgültigen versucht, so beweist

dass nur die ganze Verlumpung der SPD. Die „Volkswoche“ schreibt:

Dem Reichspräsidenten einen Vorwurf daraus zu machen, weil dieser begründet einen Forderung nicht schon längst Rechnung getragen wurde, ist völlig unberechtigt.

Die „Volkswoche“ gibt also zu, daß die Forderung der Kommunisten begründet war, behauptet aber, daß wir kein Recht hätten, Ebert wegen der Nichterfüllung der Forderung einen Vorwurf zu machen. Diese Logik wird kein normaler Mensch begreifen. Wenn die „Volkswoche“ erklärt, Ebert hätte nach der Weimarer Verfassung auch deutschnationale Minister ernennen müssen, so ist dies erstens nicht wahr und zweitens nicht die Schuldlosigkeit Eberts sondern den arbeiterfeindlichen, illusionären Charakter der Weimarer Verfassung, die dieselben formalen Bestimmungen trifft für alle von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Schon heute steht fest, daß alle Parteien von den Volkswochen bis zur SPD, mit demagogischen Wahlplänen, die sie selbst hundertmal während der kurzen Sitzungsperiode des Reichstages vertraten haben, vor die Massen treten werden. Die SPD wird kämpfen unter den Parteien: Achtstundentag, Schuhzoll, Dawesplan, obwohl Achtstundentag und Dawesplan einander drastisch ausschließen und die SPD die Durchführung des Achtstundentages und die Verhinderung von Schuhzöllen als Bedingung für die Annahme des Dawesplanes durch sie zu stellen.

Wir Kommunisten begrüßen die Auflösung des Reichstages. Sie wird uns erneut Gelegenheit geben, die Massen einzurichten, ihnen die Erkenntnis und Fähigkeit des ganzen parlamentarischen Systems und seinen arbeiterfeindlichen Charakter zu entlocken, ihnen zu zeigen, daß hinter der formalen Gleichheit der bürgerlichen Demokratie die tatsächliche Ungleichheit der bürgerlichen und der bisholzen Klasse weiterbestehen bleibt und daß nur die Herrschaft der Arbeiter über ihre Massen unter feine falsche, herzliche Gleichheit mit ihnen imstande ist Deutschland, das Reichsland der Werktagen vor dem Untergang zu retten.

Bolschewisierung der RPD.

Zur Tagung des Zentralausschusses.

Am 18. und 19. Oktober tagte der Zentralausschuß unserer Partei. Erhöhung der schweren Niederlage des Proletariats und seiner Führung, der RPD, im Oktober vorigen Jahres, trotz eines Jahres „militärischen“ und „sozialen“ Lagerungsstandes, trotz fünfmonatigen Verbots unserer Partei, trotz zahlreicher Verfolgungen, Presseverbots, einer Blutjustiz, trotz böiger Entretung und Verleumdung der Arbeiterschaft, die ihren Kampfeswillen brechen sollten, trotz alledem wächst und stieg sich die RPD.

Das Vertrauen der Massen auf uns, das wir verloren hatten, weil wir im Oktober nicht gekämpft haben, lebt wieder. Die Mitglieder und Leser unserer Zeitungen werden zurückerobern. Der Kampfgeist belebt sich. Die Führung der Partei ist nach Ersiedigung der Parteirechte und Zurückdrängung der damals zu lange schwankenden Parteimitte in fester bolschewistischer Hand. Die Parteimitte, die vor Übernahme der Führung der Partei nicht energisch genug ultraistische Tendenzen bekämpft hat, entwickelt sich zu einem bolschewistischen Kern. Die ultraistischen Strömungen schwinden und werden unerträglich, wo sie austauuchen. Ein Wiederaufkommen etwaiger neuer Brandstifter wird mit energischer Hand verhindern. Die Partei ist geschlossen wie nie zuvor, in eiserner Disziplin mit tolem Vertrauen zu ihrer Führung.

Die einmütige Geschlossenheit, weil errungen im Bürgerkrieg, ist doppelt fest und wertvoll. Gerade hier in Deutschland spüren wir nichts von der „endstaatlich-patriotischen Ära.“ Trotzdem bestehen auch hier Gefahren. Kleingäubige, salfide Anhänger sehen in der „demokratisch-pazifistischen Ära“ ein Zeichen der Stärke der Bourgeoisie und der endgültigen Niederlage der Arbeiterschaft. Sie wollen einen „Arbeitsblöck“ (keine proletarische Einheitsfront) gegen den „Bürgerblöck“ schaffen und wollen damit verdeutlichen, daß die heutige Regierung, die von der RPD unterstützt wird, bereits eine Bürgerblöckregierung ist, da sie auch von den Deutschnationalen gehalten wird. Sie wollen den Zorn erwecken, als sei die Sozialdemokratie noch eine Arbeiterpartei. Sie wollen den gemeinsamen Klasseninhalt der verschiedenen Regierungskräfte verdeutlichen, nämlich die geschlossene, bürgerliche Front, unterstützt von der RPD. Sie verbüren den einzigen Ausweg, der lautet: Diktatur des Proletariats.

Einige abgediente Offiziere der RPD, die auf der Plattform eines „politiven“ Steuerprogramms versucht hatten, rechte Fraktionen aufzuziehen, sind ohne Aufsehen einstimmig aus der Partei ausgeschlossen worden. Der Vertreter des Chemnitzer Bezirks, des Bezirks, der den stärksten Brandstifter hatte, erklärte offen und bestimmt auf dem Zentralausschuß, daß heute das Aufzählen einer sogenannten „Mittelstellung“ in einer Unterführung Brandstifters und seiner Politikliedern müsse. Die Mittelstellung ist endgültig liquidiert. Es gibt nur eine Fraktion, die kommunistische, die alle ehrlichen revolutionären Elemente der Partei umfaßt.

Die Richtung, nach der hin die Fraktionstreiten getrieben sind, sollte auch den wenigen Genossen zu denken geben, die ohne für ihre Ideen in den Mitgliedskreisen Anhänger zu finden, aus ehrlicher, aber sauberer Überzeugung, ohne Fraktionsbildung darunter ein politisches Steuerprogramm in den Mittelpunkt unserer Wirtschaftskampagne zu stellen und es zu begründen mit der Notwendigkeit, die Lizenzen des Dawesplanes an die Schultern der Bevölkerung abzuwerfen, das heißt, erstens den Dawesplan anzuerkennen und zweitens die Illusion zu erwidern, als könne man einen imperialistischen Sklavenvertrag auf proletarisch Art durchführen, als bedinge nicht die Annahme des Planes von vornherein Hungertod für die deutsche Arbeiterklasse, keine Ausehnung hingegen Stutz und Engeignung der Bourgeoisie.

Die Partei lehnt ton-isatorielle Steuern gegen die Kapitalisten keinesfalls ab. Denn der revolutionäre Kampf um sie führt über das Ziel einer bloßen steuerlichen Maßnahme hinaus. Die Bourgeoisie läßt sich nicht freiwillig ihr Kapital kapitalisieren und ihr Steuerapparat, der doch ein Teil des bourgeoisischen Staatsapparates ist, würde die steuerliche Konstitution des deutschen Kapitals belämmern und sich nicht der Zukunft hingeben, es handle sich um die Abmilderung der Daweslasten auf die deutsche Bourgeoisie, also um eine ehemals freundliche Maßnahme. Deshalb betont die Partei mit aller Stärke und Deutlichkeit:

1. daß nur eine Regierung der Diktatur des Proletariats kapitalistische Kapitalistensteuern erheben wird;

2. daß diese Parteien keine Abschwächung unserer Forderung nach Sozialisierung sein dürfen;

3. daß sie nicht den Willen, um wirtschaftliche Ziele zu kämpfen, umdeinen dürfen in falsche Hoffnungen auf Parlament.

Um übrigens handelt es sich darum, kein möglichst vollständiges überlastetes, sondern ein fürs zündendes Kampfprogramm aufzustellen, wie es der Ortsausschuß Wolna des ADGB ist.

Obwohl die Forderung progressiver (je nach dem Vermögen ansteigender) Steuern auf dem Zentralausschuß in einer sehr vorrichtigen Form gestellt wurde, mitterte die Organisation mit geringem proletarischem Inhalt dahinter die angeführten konsolidatorischen Tendenzen und lehnte sie einmütig ab.

Die Bolschewisierung der RPD tritt aus der Theorie in die Wirklichkeit.

50 Genossen im Hungerstreit.

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, den 21. Oktober.

Im Hamburger Gerichtsgefängnis sind 50 Genossen, die zur Beihilfe zum Hochverrat im vergangenen Oktober angeklagt waren, in den Hungerstreit getreten. Seit Oktober vorigen Jahres, also genau ein Jahr, sitzen die Genossen in Untersuchungshaft, ohne daß bis jetzt der Termin festgestellt wurde. Die Genossen sind gewillt, den Hungerstreit bis zum Ende durchzuführen. Sie erlagen Hungerentlassung und sofortige Freilösung des Terraines. Unter diesem Messerdruck von 50 Hungerstreitenden hat sich die Gerichtsleitung bereits gewangen, 12 Genossen aus der Haft zu entlassen.

Aus allen Gefängnissen der deutschen Justizhäuser werden bis jetzt hunderttausend Genossen gemeldet. Zwölf Monate im Kerker und ohne Grund, ohne Termine, kennzeichnet den Sinn unserer Justiz aus deutlich: 7000 proletarische Gefangene sitzen noch hinter den Gittern, 7000 erdröhnen die schwersten Qualen, bis sie zum äußersten greifen, um ihrer Lage ein Ende zu machen. Die Söhne der deutschen Justiz müssen ein Ende in der deutschen Arbeiterschaft wagen und der Ruf: „Heraus mit den proletarischen Gefangenen!“ muß die Freilösung erzwingen.

Hans Gathmann verhaftet.

Die Republik gegen Republikaner. — Ein Erfolg der RPD.

Der Chef des Käfer der „Revue“, Hans Gathmann, ist gestern verhaftet worden. Das Einladung ist er zu einer Vernehmung eingeladen und nicht in die Justizgefängnisse. Ein Haftbefehl gegen Gathmann lag nicht vor.

Die den RPD erlaubt hinzusätzlichen Justizbeamten der RPD und Demonstranten und viele Republikaner unter dem Käfer der RPD und ihrer Polizeiautorität ins Gefängnis. Das liegt in einigen und ist doch wie die Sozialräte, das ist die Richtung, die RPD hat mit dem kapitalistischen System aufgebrochen, muß sich anstreben mit den Realitäten und Materialien, die an der Spitze dieses Systems stehen. Das ist die Richtung, die RPD und RPD-Gattung entscheiden den Gang der Geschichte, sofern der RPD-Gattung des Staates zu die RPD mit ihrem Kampf für die Republik zu verlieren sucht.

Die Demokratie in Reinkultur.

Kein Licht in die Dunkelkammern der Ausschüsse.

In Leuthen wurden unsere kommunistischen Abgeordneten Gohlmann und Glöckner die häufig genug in den Deutschen Reichstag und in die Ausschüsse einzurichten, um die Massen zu vertraten, haben, vor die Massen treten werden. Die SPD wird kämpfen unter den Parteien: Achtstundentag, Schuhzoll, Dawesplan, obwohl Achtstundentag und Dawesplan einander drastisch ausschließen und die SPD die Durchführung des Achtstundentages und die Verhinderung von Schuhzöllen als Bedingung für die Annahme des Dawesplanes durch sie zu stellen.

Die Abgeordneten sind nicht an Austräge ihrer Wälder gebunden.“ Deshalb müssen alle wesentlichen Fragen des Falles in den Dunkelkammern der Ausschüsse, unkontrolliert von der proletarischen Demokratie, behandelt werden und die er verdorben bleiben. Das ist die bürgerliche Demokratie in Reinkultur.

Die Eisenbahner sollen weiter hungern.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, den 21. Oktober.

Hier haben heute Verhandlungen zwischen Vertretern der Eisenbahn AG und Vertretern des DGB stattgefunden. Der Vertreter der DGB forderte angeblich der liegenden Tarifabschlusssprecher und der heute schon abgelaufenen Tarifabschlusssprecher die Fristsetzung der Lohns. Die Vertreter der Reichsbahn AG erklärten, daß die Lage der Eisenbahner zwar sehr traurig sei, daß ein Erhöhung der Löhne aber jedoch nicht im Interesse der Eisenbahner liegt. Sie begründeten einen noch kommenden Tarifabschluß mit den niedrigeren Löhnen der Industriearbeiter. Nach langem Hin und Her wurde die Sitzung ohne Resultat auf acht Tage verhoben.

Aus dieser Verhandlung erkennen die Eisenbahner deutlich, wohin der Kurs der nächsten Zeit führt. Justiz, Sozialräte, Tarifabschlusssprecher, sind doch wie die Sozialräte, das ist die Richtung, die RPD hat mit dem kapitalistischen System aufgebrochen, muß sich anstreben mit den Realitäten und Materialien, die an der Spitze dieses Systems stehen. Das ist die Richtung, die RPD und RPD-Gattung entscheiden den Gang der Geschichte, sofern der RPD-Gattung des Staates zu die RPD mit ihrem Kampf für die Republik zu verlieren sucht.

Die Partei und das revolutionäre Proletariat Deutschlands!

Aufruf des Zentralkomitees der KPD zur Oktoberniederlage und zum Hamburger Aufstand.

Gentlemen! Ein Jahr ist verflossen, seit denen Tagen, wo vor uns allen Augen die soziale, die proletarische Revolution stand. In den Sommer- und Herbstmonaten des Jahres 1923 waren nicht nur wir Kommunisten, sondern alle Volkschichten und Klassen, alle Parteien und Politiker fest davon überzeugt, daß die Wiedergabe vor dem deutschen Volke stehende Weisung „zweite Republik“ durch die Machtgreifung des Proletariats gelöst werden kann. Die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland erschien nach ihrem Versuch, sich zunächst mit Erfüllungspolitik dann durch die Nichterfüllung des Vertrages zu räuberischen Angriffen zu reisen, zum vollkommenen Bankrott, zum vollkommenen Untergang verurteilt. Die Politik des Billionenanzahlens Euro, dem alle bürgerlichen Parteien unter der Sozialdemokratie ihren Segen verliehen, brachte die breitesten Massen an den Rand des Hungertodes. In ganz Deutschland stammten die Massenerhebungen des wütenden Volkes aus. Alle Versuche der bürgerlichen Gesellschaft, mit den brutalen Mitteln des Staates die Aufstände zu ersticken, schlugen fehl. Der Verrat der Sozialdemokratie und der gelben Gewerkschaftsführer konnte die sich aufzulösenden Arbeitermassen nicht mehr niederhalten. Die Regierung Gundlach mußte dem Ansturm des ersten großen politischen Generalstabs des deutschen Proletariats in wenigen Tagen weichen. Selbst die rettende „Art“ der Sozialdemokratie in der großen Koalition mit Stinnes war kein Ausweg. Nur noch ein Schritt, noch ein einziger Kraftanstrengung des revolutionären Proletariats, die Zusammenfassung der überall im Reich schwelenden Einzelbewegungen, der entscheidende Kampfwille und der Sieg des Proletariats stand geschert!

Gentlemen! In einem Jahre handelt unter uns und zu uns die vielen Millionen des vergewaltigten Proletariats, die großen Massen der ausgezehrten Mittelschicht, die ihre Hoffnungen auf Leben an die befriedige Zeit der Kommunisten trauten, hunderttausend Beamte und Angestellte, die Kleinrentner und Invaliden, die Witwen und Witzen, die weder leben noch kämpfen könnten. Durch ganz Deutschland schallte und hallte der millionenfache Aufruhr.

Aur der Kommunismus kann uns retten!

Und all die zerstörten und geäuschten Hoffnungen dieser zahllosen Massen, die bittere Enttäuschung der gehobelten und geschändeten Eltern, das war unsere Oktoberniederlage!

Gentlemen! Wie war das möglich? Die Hoffnungen breiter Arbeiterschichten, als würden die „linien“ Sozialdemokraten gemeinsam mit den Kommunisten kämpfen, die Illusion, als könnte man die Sozialdemokraten „vom linken Flügel der Bourgeoisie zum rechten Flügel des Proletariats“ zwingen, das war der Fehler des Minus in unserer Rechnung. Vom revolutionären Werkzeug alle der sozialen Sozialdemokratie bedient, gingen die Massen dieser Fehl.

In der Stunde der klügsten Erfahrung, in der Stunde der Entscheidung für das deutsche Proletariat haben sich diese schmeichelnden Sozialdemokraten, die sich gestern noch als Verbündete der kapitalistischen Großherrenklasse, den Arbeitern antrieben, um sie irrezuführen, als die schlimmste Feinde des Proletariats entpuppt, als die offenen Feinde.

Der Dolchstoß in den Rücken

durch die „linien“ Sozialdemokraten, das war die Ursache der Oktoberniederlage.

Gentlemen! Das war aber zugleich auch der Wendepunkt für die Kommunistische Partei, ihre bittere, gescheiterte Erfahrung. Der große gesetzliche Fehler der KPD hat darin bestanden, daß sie die Massen in ihren Illusionen bestärkte, statt sie davon zu befreien! Aus den Spartakuskämpfen 1918/19, aus dem Kapp-Putsch 1920 aus dem

Märzaufstand 1921 nichts gelernt und alles vergessen zu haben, das war der Fehler des Octobers. Nun aber nach dieser letzten Erfahrung haben die Millionen, die ihre Hoffnungen auf Leben auf die soziale Revolution setzten, endlich begriffen:

Nic wieder im Bunde mit der Sozialdemokratie!

Die kontrarevolutionäre Rolle der Sozialdemokratie besonders des „linken“ Flügels, die wechselseitige historische Aufgabe der Sozialdemokratie und der Nazis, die Bourgeoisie vor der sozialen Revolution zu retten, muß endlich von allen auch den letzten Arbeitern erkannt werden. Diese Erkenntnis ist die erste Vorbereitung des revolutionären Kampfes einer wichtigen Lüge auf dem Wege zum Sieg des Proletariats.

Nur unter Führung der kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale kann das Proletariat siegen!

Diese Lüge ist heute nach einem Jahre um so bedauerlicher, als die Paläste der Bourgeoisie heute den wohlverdienten Führer bekommen und aus Mut darüber versuchen, die Arbeiterklasse abermals durch eine scheinoppositionelle Phraselogie zu betrügen.

Gentlemen! Trotz der niederschmetternden und niederrückenden Ereignisse des Oktober 1923, trübt eine revolutionäre Großart aus jenen für uns alle so trüben Tagen hell in unsere Zeit herüber.

Der Hamburger Aufstand

Der Hamburger Aufstand vom 23. bis 25. Oktober wird in der Geschichte der deutschen Revolution eines der bedeutamsten und ruhmvollsten Blätter sein und bleiben. Selbst die schlimmsten Feinde der Revolution standen und stehen heute noch voll gebrüderter Bewunderung und mit schlotternder Angst vor der Heldenatmosphäre weniger Heldenkämpfer, die schief und mangelfhaft bewaffnet, drei Tage und drei Nächte gegen eine mit allen Mitteln der Kriegstechnik und Strategie ausgerüsteten gewaltigsten Heer übermacht standhielten und ungeschlagen und unbesiegbar sich in voller Ordnung zurückzogen und der drohstötigen Niederwerfung entzogen.

300 gegen 6000

Dreihundert einfache Proleten kämpften mit der Flinte in der Hand gegen sechstausend Mann Polizeitruppen, Reichswehr- und Marinetruppen. Das Schwere gegen Schwere von Maschinengewehren, Tanks und andere Geschütze der Bourgeoisie zum rechten Flügel des Proletariats zwangen, das war der Fehler des Minus in unserer Rechnung. Vom revolutionären Werkzeug alle der sozialen Sozialdemokratie bedient, gingen die Massen dieser Fehl.

In der Stunde der klügsten Erfahrung, in der Stunde der Entscheidung für das deutsche Proletariat haben sich diese schmeichelnden Sozialdemokraten, die sich gestern noch als Verbündete der kapitalistischen Großherrenklasse, den Arbeitern antrieben, um sie irrezuführen, als die schlimmste Feinde des Proletariats entpuppt, als die offenen Feinde.

Der Dolchstoß in den Rücken

durch die „linien“ Sozialdemokraten, das war die Ursache der Oktoberniederlage.

Gentlemen! Das war aber zugleich auch der Wendepunkt für die Kommunistische Partei, ihre bittere, gescheiterte Erfahrung. Der große gesetzliche Fehler der KPD hat darin bestanden, daß sie die Massen in ihren Illusionen bestärkte, statt sie davon zu befreien! Aus den Spartakuskämpfen 1918/19, aus dem Kapp-Putsch 1920 aus dem

Über 7000 Kommunisten in den Kämpfen der sozialistischen Republik!

Siebzehn Jahre Arbeiterbewegung mit all den revolutionären Kämpfen in der Nachkriegszeit haben zusammengekommen, nicht so ungeheurende Opfer und massenhafte Verfolgungen des deutschen Proletariats gefordert, als der Bericht auf revolutionären Kampf vor einem Jahre.

Es ist klar: Die Bourgeoisie glaubt durch ihren Vernichtungskampf gegen die Kommunistische Partei sich vor der kommenden unaufhaltsamen Revolution zu retten. Alle Versuche der Bourgeoisie, die großen wirtschaftlichen und politischen Probleme auf kapitalistischem Wege zu lösen, sind in der Vergangenheit gescheitert. Der neuerliche Versuch ist mit der Erfüllungspolitik des Londoner Abkommens zu retten, wird zu einem noch schlimmeren Zug ammenbruch als alle früheren Versuche führen. Aus diesem Grund erfüllt die Bourgeoisie in einem verzweifelten Vernichtungskampf das revolutionäre Proletariat, die Kommunistische Partei niedergeschlagen. Daß alle Versuche mit den Mitteln des weißen Terrors, die kommunistische Bewegung zu erdrücken, sind gescheitert. Das Verbot der Partei läßt nicht zum Ziele. Die Unterwerfung von über 7000 Parteifunktionären bleibt wirkungslos. Die Bourgeoisie ist trotz aller Unterstüzung der Sozialdemokratie und der gelben Gewerkschaftsführer am Ende ihres Patens.

Der Kommunismus in Deutschland ist unüberwindlich, unabsehbar!

Gentlemen! Die Kommunistische Partei Deutschlands von heute ist nicht mehr die Kommunistische Partei von 1923. Die Partei ging durch die unerbittliche Schule des weißen Terrors. Viele Tausende unserer Mitglieder gehen durch die glühenden Retorte der Schmelzöfen des kontrarevolutionären Justizterrors. Die Zweifel an die revolutionären Kräften, die Illusionen und Hoffnungen auf die rettenden Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft sind gescheitert. Das Verbot der Partei läßt nicht zum Ziele. Die Unterwerfung von über 7000 Parteifunktionären bleibt wirkungslos. Die Bourgeoisie ist trotz aller Unterstüzung der Sozialdemokratie und der gelben Gewerkschaftsführer am Ende ihres Patens.

Gentlemen! Der Zentralkomitee erkennt und verspricht: Jeder Versuch, in der Partei der alten opportunistischen Politik, die uns so schwere Wunden gebracht hat, wieder Eingang in der Partei zu verschaffen, muß mit den Schwarzen Mitteln bekämpft und verhindert werden. Der Zentralkomitee betrachtet es als die heiligste Aufgabe der Partei, die Partei von den Schlägen aller traditioneller Ideologien zu reinigen, die die Entwicklung zum Bolschewismus hindern und verhindern. Das ist die Partei den Helden von Hamburg, den Toten von Freiberg, den tausenden Opfern schuldig.

Ohne reine bolschewistische Theorie keine revolutionäre Praxis!

Durch den Geist Lenins zur revolutionären Partei!

Bolschewisierung der Partei ist oberstes Gesetz!

Brüderliche Solidarität mit den 7000 hinter Mauern!

Steuern Gebarden den Toten von Freiberg!

Es leben die Helden von Hamburg!

Es lebe der Kampf des revolutionären Proletariats!

Es lebe die soziale Revolution!

Berlin, den 18. Oktober 1924.

Der Zentralkomitee.

Verhörprotokoll und Revolutionäre

Zugeständnisse von E. Reinowski
Gedruckt in Neuer Deutscher Presse, Berlin.

17)

Der General selbst — Herr von Mieroslawski — wollte mich nach Rußland schicken; dort sollten die Russen die Messer ziehen und der Regierung zu schaffen machen. Ich habe ihm aber ins Gesicht gesagt: Ich bin dem Flughilf ein Bruder — aber kein Verräter.

Er wollte mir die Hand reichen, da hab' ich dir meinetwegen gezögzt: Herr General! Ich bin ein Bauer. Ihre Hand ist weich. Sie werden sich Ihre Hand in der eines Mischlings bestimmt! Wenn du verflucht zu hohen Herren nicht wärst!

Er sah mich kurz an:

„Und woher bist du hergekommen, hoher Herr! Willst auch die Russen machen lassen wie Herr von Mieroslawski? Siehe hier! Ich will die Sache genau ab du weiß doch sehr gut, daß du nicht der älter Herrlichkeit! Deine Bütze haben ja jeder auf Marillenblätter gerungen.“

„Du schwiegest? Keine um, kehr mir, wüßt du nicht in die Angelegenheiten des Hauses.“

„Ich bleibe“, sagte ich, „vielleicht ich erzähle gar nichts.“

Der Alte legte mir seine Hand auf die Schulter.

„Dummer habe ich bedauert, daß ich einen Zahn hab.“

„Bergisch es nicht, da müßtest du sonst schreien.“

„So blieb ich eine Woche bei dem Alten.“

Lange Zeit überlegte ich, wie ich mich mit der Welt in Verbindung setzen sollte. Unsere Sache hätte einen großen Einfluß hervorgerufen. In den Zeitungen erschienen Berichte über den Kapp-Putsch, und eines Tages brachte mir Gedächtnis ein Blatt mit seinem Artikel.

Ich konnte nicht auf die Straße gehen. Bei Gedächtnis verfehlte niemand. Aber ich mußte mich zuschließen: ich wollte nach Wiesbaden, dort füllte mir Gedächtnis etwas be-

sonnen. Der Alte wollte nichts davon wissen, er fürchtete ich würde in einer Hintertäfelchen grüten. Schließlich verließ und er Abend für Abend und nach einigen Tagen kam er mit der Nachricht:

„Ich habe einen gefunden, der dich über die Grenze bringt. Ein alter Kamerad von mir, es ist nicht das erste Mal. Wenn der mir sein Porträt gegeben hat, wird er dich nicht lassen, und passiert was, der hält dich auch unter der Erde vor.“

Ich bekam die Kappe eines russischen Kleinbürgers, einen Helm und lange Stiefel. Ich hatte einen Balk auf den Namen Oswald. Als ich Oswald nahm, drückte mir Gedächtnis eine schwarze Geldrolle in die Hand. Ich wollte nicht alles zunehmen, aber er legte den Finger an die Lippen.

„Dem, der du jetzt bist gebürtig“, sagte er, „wir soll dir höherer sein, der Saat unten zu werden.“ Er lachte. Ich hatte Tränen in den Augen, als ich mich von ihm trennen mußte.

Zwei Tage später sah ich in einem Atelier der preußischen Strafseescheiben. Und noch einzig Tag später sah ich wieder ich aus Jascha im meinen Batur und an Gedächtnis unter dem Namen Oswald. Beide Batur erhielt ich einen langen Brief von Gedächtnis aus der beiden Monate: Bergisch nicht.

Mein Batur schrieb und gab mir zu verstehen, er wisse alles, ich möchte nicht zurückkehren, dort die Universität besiegen und mir alles sehr genau überlegen. Um auf mein Gewissen zu treten und auszuspüren, verließ er sogar seine Ankunft auf einige Zeit. Er sandte mir eine anfängliche Sammlung Geld und seinen weiteren Sagen.

Gedächtnis sandte ich die von ihm erhaltenen Summen zurück, er schickte mir das Geld wieder und einen Brief, der mir das Wort „Dummkopf“ enthielt.

Eine Zeit später erhielt ich einen längeren Brief von ihm: er liege im Sterben und erinnerte mich an das gegebene Versprechen, er nehme dieses und den Glasen an mich mit ins Grab.

Er starb einige Tage darauf.

VIII.

Meine Freunde in der Schweiz halfen ich bald gefunden. Gemischtrasse war blau und ernst. Jascha aber hatte bereits die Eindrücke und Erregungen, die er erlebt hatte, abgeschüttelt, nur mit der Ordnung und den Gütern in der Schweiz konnte er sich auf keine Weise befrieden. Die Natur interessierte ihn gar nicht. Berg ist Berg. Aber eines Morgens stürzte er doch triumphierend in mein Zimmer:

„Das sind doch Menschen“, rief er, „gestern hat so ein Patron, so ein Schokoladenpatron, versteht schon, ein dicker Bürger, der in Schokolade macht mit einem Wort Suprad, oder wie du willst, der hat gestern in seinem Zimmer mit einer Arbeiterin was vorgehabt. Die einen sagen, er hätte sie betrunken gemacht und vergewaltigt, die anderen meinen das Mädchen wäre nicht sehr dagegen gewesen. So oder so, ist ja egal, auf jeden Fall hat er seines verdient. Und heute? Die ganze Fabrik steht still. Streit.“

Seit diesem Tage verlor ich Jascha aus den Augen.

Nach diesem Streit folgte ein Streit der Bauarbeiter, denn einer der Wissenschaftler Jascha mußte überall vorwirken. In drei Wochen hatte er gelernt Proklamationen in fremdsprachiger Sprache zu verfassen.

Ich vergrub mich in einem kleinen Pensionat in Zürich. In Zürich hatte ich die Tatjana und Marthawiss besucht, aber der naive Enthusiasmus der jungen Generation ärgerte mich. Sie fühlten sich so sicher und dachten gar nicht an den Kampf, der ihrerwartete. Ich fühlte mich wenig hingezogen zu ihnen. Außerdem mochte man uns, die wir aus Rieschaffens Schule kamen, in verschiedenen Kreisen nicht besonders. Den ganzen Tag über lag ich zu Hause, abends ging ich gewöhnlich spazieren.

Jemand jemand brachte mir die Nachricht, daß die Polizei mich überall suchte, man rief mit meinen Namen zu wechseln und einen neuen Wohnsitz zu suchen. Ich bekam auch einen neuen Pass.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wahlen in Amerika.

Im gesetzten Lande der Demokratie des Dollars, des Petroleum und des Harten Dollars finden die Präsidentenwahlen statt. Der Partei kämpfen um diesen Posten: die Radikal-Partei, die Republikaner, die Mörigan-Partei, die Demokraten und die Fortschrittliche Partei des Justiz- und Kassenhilfs von San Jose; also Rudolph Sprædel. Der Kandidat der ersten ist Solidar, der der zweiten Davis, Rechtsanwalt von Morgan & Co., der Ex-präzident. General Davis ist Kandidat für die Vizepräsidentschaft bei der Republikanerpartei, den Republikanern, wobei er gleichzeitig Agent von Morgan und Seiter eines Trusts ist, der Morgan unterstützt. In Amerika sind die bürgerlichen Parteien noch viel mehr wie bei uns nicht nur Vertreter der verschiedenen Schichten des Bürgertums (wie Großagrarier, Industrielle, Bankiers usw.), sondern einzelner Konzerne und ihrer Herrscher.

Der letzte Verteilungskampf, der als bisherigen Preisreunionskampf überstehen und das will in Amerika etwas heißen, kompromitierte sowohl die Republikaner als auch die Demokraten heillos und bot so den Anlass zur Gründung einer sogenannten dritten, einer Mittelpartei, der aber außer Arbeitern, Farmern, Angestellten und Angehörigen der freien Berufe, auch reine Kapitalisten angehören. Ihr Führer La Follette führt halbsozialistische Phrasen im Munde und ist äußerst beliebt.

Das genügte der Sozialistischen Partei, um sich La Follette anzuhüften. Auf dem Parteitag der Labor Party (Arbeiterpartei), erklärte Abraham Cahau:

"Der Marxismus findet auf Amerika nicht Anwendung."

Auch die Führer der amerikanischen Farmer- und Arbeiterpartei erklärten sich für La Follette, obwohl die Mehrheit der Delegierten auf dem Parteitag dagegen war. (Die amerikanischen Farmer sind Proletarier, die vom Bankkapital ausgebettet werden.)

Die Kommunisten, die der Farmer- und Arbeiterpartei angehören und gehörten haben, sie zu gründen, sahen sich daher gezwungen, eigene Kandidaten aufzustellen, die Gessens Foister und Hiltlow. In einem Lande, das die sensationelle Wahlkame der Welt macht, wird es den Kommunisten infolge ihrer beschränkten Geldmittel und ihrer kleinen Organisation schwerfallen, sich Haltung zu verleihen. In leids Staaten haben sie bereits die nötige Unterschriftenzahl zur Teilnahme an der Präsidentenwahl aufgebracht, obwohl in einzelnen Städten 10 000 bis 15 000 Unterschriften gefordert werden. Die Wahlparolen unserer amerikanischen Gessens sind:

Gegen den Dawesplan für die Anerkennung von Sowjetrußland gegen den Imperialismus, Boden für die Bevölkerung, Zahlungsausschub für die Farmer-Organisationsrecht für die Arbeiter. Garantie der verfassungsmäßigen Rechte, Beseitigung der Kinderarbeit, für eine Sowjetregierung in den Vereinigten Staaten.

Gewerkschaft

Das Wahlmanifest der englischen Gewerkschaftsminderheiten.

Die englischen oppositionellen Gewerkschaftsminderheiten (Anhänger der R.C.P.) sagen in ihrem Wahlmanifest an die Arbeiterschaft u. a.: "Den Kapitalisten war die Unterwerfung der Labour-Regierung nicht genug weitgehend. Deshalb haben die beiden Kapitalparteien die Labour-Regierung gestürzt. Den Kapitalisten war es nicht genug, daß die Labour-Regierung sich in allen Arbeitskämpfen in ihren Läden, keineswegs von einer kapitalistischen Regierung unterschieden hat. Es genügte ihnen nicht, daß die Reichspolitik Macdonalds gegenüber den Kolonien und Dominien eine Fortsetzung der kapitalistischen Politik war, daß er dem Dawesplan zustimmte und sich verzichtete ihm durchzuführen, obwohl er ein verbrecherischer Plan der imperialistischen Staats zur Verfolgung nicht nur der deutschen Arbeiterschaft, sondern der Arbeiter aller kapitalistischen Länder ist.

Den Kapitalisten genügte es nicht, daß die Konferenz der Labour-Partei nach den Befehlen der Labour-Regierung taurende der besten revolutionären Kämpfer der Arbeitserziehung ausgeschlossen hat. Die Forderungen der Kapitalisten gehen weiter. Sie möchten, daß die Labour-Regierung die Kommunistische Partei vollkommen unterdrückt den General Campbell in den Kerl weise, den englisch-rusischen Vertrag vernichtet und auf diese Weise die Herrschaft der Kapitalisten nach innen und nach außen verteidigt.

Die Labour-Regierung hat aber nicht genugt, in einem solchen Ausmaß zu kapitulieren. Die Arbeiterschaft wurde eine kolossale Unterwerfung nie und nimmer gestattet haben. Deshalb schließt sich die Regierung im Parlament den beiden kapitalistischen Parteien entgegen. Es folgte die Niederlage der Labour-Regierung und die Arbeiterschaft wird neuerdings aufgefordert, in den bevorstehenden Wahlen ihren Willen fund zu machen.

Die revolutionären Gewerkschaftsminderheiten fordern alle ihre Andenken, auf sich zu bemühen alle Kandidaten der Arbeiterschaft in das neue Parlament wählen zu lassen. Gleichzeitig fordern wir sie aber auf, die Wahlkampagne im reinen Klassenkampf zu führen, damit die willkürliche Forderungen der Arbeiterschaft in Erziehung treten und für diese Forderungen die Unterstützung der arbeitenden Massen gewonnen werde. Die revolutionären Gewerkschaftsminderheiten erklären, daß es ihnen unmöglich ist, in diesem parlamentarischen Kampf eine sogenannte "Neuordnung" zu bewahren. Es handelt sich um einen politischen Kampf. Sodat gewerkschaftlich organisierte Arbeiter muss in den Wahlgängen stimmen und mit Gelt und Seelen für den Sieg der Labour-Kandidaten gegen die kapitalistischen Kandidaten werden.

Wir fordern alle Arbeiter auf, folgende Forderungen vor die Massen zu bringen und alle Arbeiterkandidaten auf dieses Ereignis am 25. September einzuladen:

Verteidigung der Forderungen des Huller Gewerkschaftsvertrages. Das sind: Ein einheitlicher Mindestlohn, die 44-Stunden-Arbeitswoche, Fortschaffung der Bergwerks-Bauern, des Land- und Bodens und der Eisenbahnen, ein gerechtes Bauprogramm, Verbesserung des Pensionswesens und des Arbeiterbildungsvertrags.

Fortsetzung der Arbeitslohnforderungen des Huller Gewerkschaftsvertrages. Das sind: Arbeit oder volle Vergütung für alle Arbeit, sozialen Dienstleistungen, staatliche Wohlfahrt für die Arbeitslosen. Erhöhung der Arbeitszeit der Arbeitenden auf das Maß, das notwendig ist, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzuführen zu können.

Die gegen die Arbeitersbewegung gerichteten alten Gesetze sind zu annullieren.

Durchführung einer Kapitalabgabe, Einschaltung der Abnahmen für die Kriegsanleihe über eine gewisse Summe. Neulösung des Dawes-Planes, Sicherstellung aller Rechtschulen, Bildung einer neuen Nationalbank. Konsolidierung des englisch-russischen Vertrages. Garantie einer 100 Millionen Pfund-Umliefe an Sowjetrußland. Ernennung eines Botschafters nach Russland, der vom Generalrat des Gewerkschaftsvertrages zu ernannt ist. Volle Freiheit für alle Völker und Rassen innerhalb des britischen Reichs. Verbeterung aller Rechte für Kästungen oder Kriegsbörsen.

Arbeiter Englands! Sollten die Leidenschaften zur Überwerfung der Kapitalisten und heißt, eine wirkliche Arbeiterregierung zu schaffen, die für die Arbeiterschaft kämpft und eine wirkliche Kampfpolitik gegen die Kapitalisten durchführen kann.

An die Beamten und Angestellten der ganzen Welt!

Genossen!

Die Führer der Amsterdamer Internationale haben wiederholt ihr Spaltungsbemühen gesetzt, indem sie die Einheitsfront der Gewerkschaften sprengten und die Aufnahme der revolutionären Verbände und der aus ihren Organisationen ausgegliederten revolutionären und aktiven Elementen verhinderten. Dafür machten sie einen neuen Spaltungsvorstoß.

Das von den Amsterdamer Führern gesetzte "Provisorische Präsidium der Beamteninternationale" beruft für Ende Oktober d. J. einen Gründungskongress der Internationale der Beamtinnen und Lehrer nach Paris ein. Welches Ziel hat dieser Kongress? Die Vereinigung der Beamtinnen, um versiert für den Schutz ihrer Interessen zu kämpfen? Durchaus nicht. Die neue Beamteninternationale wurde von den reformistischen Führern gegründet, um die Bewegung der Werktagen besonders der Beamtinnen und Angestellten noch mehr zu zerstreuen, um sie der kapitalistischen Ausbeutung hasserlos in die Hände zu liefern. Die Tätsachen mögen für sich sprechen.

Der neuen Internationale sollen alle Post- und Eisenbahnbeamten angehören. Die deutschen Post- und Eisenbahnbeamtenverbände sind den entsprechenden Internationalen der Post- und Transportarbeiter angeschlossen. Ihr Anschluß an die neue Internationale würde die Spaltung der Post- und Transportarbeiter-Internationale bedeuten, würde die Trennung der Beamtinnen von den Arbeitern und Angestellten, die weitere Trennung der Einheitsfront aller Werktagen bedeuten.

Der neue Internationale soll ein Teil der Lehrerorganisationen bilden. Die Amsterdamer und ihr Agent Gaßenberg wollen damit ihren lang vorbereiteten Plan ausspielen, nämlich, die neu gegründete Pariser Lehrerinternationale zu zerstreuen.

Die neue Internationale soll die Schaffung von Produktions-internationalen verhindern, die Beamtinnen sollen durch sie von den Arbeitern getrennt werden. Die Spaltungspolitik ist offensichtlich.

Gesessen, Beamtin, Angestellte der ganzen Welt!

Protestiert gegen diesen neuen Versuch der Reformisten, die Eure Interessen schädigen, Eure Kräfte noch mehr zerstreuen wollen. Kein Streit von der Arbeiterschaft, sondern noch enger Zusammenhalt zum erfolgreichen Kampf mit dem Kapital, das ist unsere Pflicht.

Der Spaltungsvorstoß der Amsterdamer stellen wir unsere Lösungen entgegen:

Eisenbahnamtverbande, schließt Euch der Transportarbeiter-Internationalen an!

Postbeamtenverbande, schließt Euch der Postarbeiterinternationale an!

Lehrer, tritt der Pariser Lehrerinternationale bei!

Stadtbeamte, tritt der Angestellteninternationale bei!

Schließt Eure Kästungen enger! Schließt Euch enger an die Arbeiterschaft an! Nur gemeinsam mit ihr kommt Ihr Eure Interessen schützen.

Nieder mit der neuen Spaltung der Werktagen!

Der „unschuldige“ Dr. Erdmann.

Reues zum Waldenburger Stadtbankandal.

In der letzten Waldenburger Stadtverordnetenversammlung verharrten sich Dr. Erdmann, Bürgermeister Dr. Wiesner und alle bürgerlichen Parteien energisch gegen die Behauptung der Broschüre: "Der Waldenburger Stadtbankandal, daß Dr. Erdmann bestochen sei, und sich bestechen ließ. In einem fiktiven Augenblick sagte der Sozialdemokrat Becker (die "Schlechte Begegnung" verschreibt es), wenn die Beauftragung der Broschüre stand, müsse allerdings scharf vorgegangen werden.

Um die Anklage zu widerlegen — damit fallen auch alle Verdächtigungen des "Bergtrauchs" gegen uns — veröffentlichten wir nun wörtlich folgenden Brief:

Am die Staatsanwaltschaft

In der Straßlage gegen Rühle und Gessens stelle ich anheim, die Untersuchung auch auf die Angelegenheit des Eisfleischer Bankvereins auszudehnen. Was ich von dieser Angelegenheit weiß, ist spätestens:

Der Geldverleiher Böttmann hatte — ob im Dezember 1923 oder im Januar 1924, entzog sich meiner Kenntnis — Herrn Rühle den Aufbau des Bankmantels (der Ahnenmantel) des Eisfleischer Bankvereins in Eisfleisch vertraglich, indem er das Unternehmen als ein gut gehendes Schilderte und die Weiterübertragung an die Wirtschaftsbank Bayern empfahl, damit diese durch Fusion mit dem Eisfleischer Bankverein das ihr noch fehlende Recht, Depositen anzunehmen, erwerben sollte. Herr Rühle hat an dem Geschäft einen Bankbeamten Weber und mich bestellt.

Ich bin, wie ich aus meinem Kenntnisstellte, offenbar hierfür zugunsten von Herrn Böttmann am 18. Januar 1924 mit 2632 Mark und am 20. März 1924 mit 1600,34 Mark bezahlt worden und habe am 11. Februar eine Darzahlung von 4830 Mark durch Herrn Rühle erhalten. Die Darzahlung ist also einen Tag vor der Übertragung der zweiten 600 000 Mark an die Wirtschaftsbank Bayern erfolgt. Herr Rühle hat mir auch erzählt, daß er den Bankmantel an die Wirtschaftsbank Bayern weiterveräußert habe. Da mir aber der Schluß des Wirtschaftsbanks Bayern, Rechtsanwalt Gaib bei seiner Anwaltskanzlei in Waldenburg im Zust. d. K. erklärt, daß das Unternehmen des Eisfleischer Bankvereins wertlos sei, halte ich es für notwendig, festzustellen, ob etwa die Übernahme des Bankmantels ein Entgelt an Herrn Rühle für die Übergabe des Darlehen der Stadtbank an die Wirtschaftsbank sein sollte, sowie ob von dem Bankbeamten Weber, der ja bei der Übergabe des Darlehen nicht beteiligt war, die gleichen Zahlungen erforderlich sind, wie von mir, und ob er den gleichen Betrag erhalten hat wie ich. Die Zeugen in München und Herr Rühle selbst werden darüber Auskunft geben können.

Waldenburg, den 1. September 1924.
Gej. Dr. Erdmann,
Oberbürgermeister.

Der Untersuchungsausschuß hat in seinem Bericht festgestellt, daß Dr. Erdmann sich während der Untersuchung unentzündlich und

Ob er die Einheitsfront aller Beamtinnen, Lehrer und Arbeiters für den gemeinsamen Kampf gegen das räuberische Kapital internationalen Propaganda- und Aktionskomitee der Angestellten.

Der Sekretär: Antofagasta.

Aus der Provinz

Ein eleganter Justizstand!

Ein Arbeiter schreibt uns:

Durch die heutigen Verhältnisse gezwungen, lebe ich heute meine Familie brüderlich getrennt. Während meiner Frau Wohnung in Klein-Gandau bei Dresden seit anderthalb Jahren augewiesen war, wohnte ich in M. Sie führt dort eigenen Haushalt.

Es war nun von dem Gericht aus Liegnitz an mich nach Klein-Gandau eine Verhandlungserlaubnis gesandt, welche meine Frau herbeigebracht, anzunehmen, da die Wohnung ihres Gebüros, ich aber auf Montagessen waren und auch in M. selbst wohne. Meine Frau stande nun höchstens möglich die Ausstellung nach Liegnitz zurück, aber die Zurücksendung wurde einfach abgelehnt.

Nach einigen Wochen kam ich einmal auf Besuch zu meiner Familie. Am anderen Tage fuhr ich erschienen. In der Gendarmerie befand ich mich für verhaftet, da ich laut Haftbefehl, trotz Ausstellung an mir nicht zum Gericht erschienen sei. Ich war ganz ratsch und wunderte mich, wo auf einmal so viel Gendarmerie herkommt. Sie ist nämlich in der Gegend nach Klein-Gandau etwas von Gendarmerien zu spüren, obwohl Nebenfälle auf Kinder und allein stehende Frauen andauernd vorkommen. Von einem dieser "Herrn" wurde ich liebenswürdig nach Dresden in die Braube begleitet.

Auf mein Verlangen sofort einem Richter zwecks Klärung der Sache vorgeführt zu werden, erhielt ich zur Antwort, daß es heute Sonntag sei und ich bis morgen warten möchte. Am andern Tage schien man mich vergessen zu haben, denn es gelang mir wiederholten Verlangen keine Befreiung.

Endlich, am Donnerstag, also am fünften Tage, wurde mir eröffnet, ich würde nach Liegnitz transportiert werden. Meine Frau wurde der Besuch in Dresden verweigert!

Ich will den direkt hörrlichen Transport nicht mehr dulden.

On Liegnitz angelangt, wurde ich liebenswürdig in Empfang genommen. M. in sofortiges Verlangen, vor den Richter gebracht zu werden, wurde

am liebsten Tag erfüllt.

Dieser erklärte mir: "Ich habe den Haftbefehl auf und Sie können heute abend noch zu Ihrer Familie fahren." Ich war nun froh, endlich erlöst zu werden und meine Arbeit nicht zu verlieren. Aber ich wurde nicht entlassen. Gest nach 14 Tagen erhielt ich endlich den Bescheid, meine Beschwerde wäre erworben, da die Angabe, ich wohne und arbeite in M., als glaubwürdig sei.

Nachdem ich nun gegen den Bescheid durch einen Anwalt Beschwerde geübt hatte (der Brief von mir zu dem am gleichen Ort wohnenden Anwalt brauchte genau eine Woche), kam in der siebten Woche telegraphisch der Bescheid, mich sofort auf freiem Fuße zu leben.

Ich bin durch diese Sache arbeitslos geworden und wende mich nun an die Oeffentlichkeit, denn Schadenerlaß hat die Luft noch nicht geleistet.

Wir fordern, daß dieser unerhörte Fall, der seinem kommunistischen Arbeiter passiert ist, sofort von der oberen Justizbehörde untersucht wird. Dieser Schadenerlaß zu gewähren. Ein Justizstandart jagt in Schlesien den anderen, einer ist unerhörter, wie der andere. Gegen rechts unternimmt die republikanische Justiz fast nichts. Gegen die Arbeiter wird mit den schlimmsten Methoden vorgegangen. Proletarier, rafft Euch auf! Kampft!

Wir fordern, daß dieser unerhörte Fall, der seinem kommunistischen Arbeiter passiert ist, sofort von der oberen Justizbehörde untersucht wird.

Ein Justizstandart jagt in Schlesien den anderen, einer ist unerhörter, wie der andere. Gegen rechts unternimmt die republikanische Justiz fast nichts. Gegen die Arbeiter wird mit den schlimmsten Methoden vorgegangen. Proletarier, rafft Euch auf! Kampft!

Wer den vorstehend abgedruckten Brief nur oberflächlich liest, er sieht, daß Dr. Erdmann sehr tief im Kreis steht. Dieser für das Wohl der Stadt so bedachte Obere Bürgermeister ist von Rühle an dem Geschäft bestochen worden, natürlich nur, um zu verlieren (?). Danch brauchte also Rühle gar nicht erst fragen, der Oberbürgermeister hat ihm nicht nur die Stadtbank, sondern auch sein Vermögen überlassen. Ist es nicht eine eigenartige Sprache: "Ich bin, wie ich aus meinem Konto stelle, offenbar zugunsten ... bestohlen worden." Also, Herr Erdmann, der vorsichtige Beamte erlässt erst aus seinem Konto, daß andere mit seinem Gelde Geschäfte machen. Dieser "Erdmann" hat es weiter für notwendig, festzustellen, ob etwa die Übernahme des Bankmantels (an dem aber auch Weber und Dr. Erdmann bereitstehen) ein Entgelt an Herrn Rühle sein sollte. Wer sagt da noch, es liege keine Bestechung vor?

Wir waren in der Lage, noch andere Schreiben abzudrucken. Das vorstehend veröffentlichte hat aber außer mir und auch jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses in den Händen. Der erzielende (?) Becker hat, als Gelegenheit, bei seinen Parteikreisen vom Untersuchungsausschuß die Schreiben eins zu eins in seine Zeitung gestaltet. Dieser Weg scheint er aus begreiflichen Gründen. Wir wollen dafür die Stelle der Broschüre ergänzen. In seinem Gutachten an den Untersuchungsausschuß sagt Dr. Schwedler im letzten Satz:

„Bei dieser Gelegenheit halte ich als einen Antrag auf Ausarbeitung eines dinglichen Arrestes zurzeit ausdrücklichlos, denn es würde zwar das Bestreben der Untersuchung, nicht aber die Tatsachen ihrer Bekleidung glaubhaft gemacht werden können.“

Wir überlassen den Arbeitern, zu entscheiden, wer fügl. die Kommunisten mit dem schriftlichen Material des Untersuchungsausschusses und anderen Arten oder die bürgerlich-sozialdemokratischen Parteien mit Dr. Schwedler, der sich selbst versteuert, bestreben, den Skandal zu verbreiten. Wir aber haben die Aufgabe, den Arbeitern, Angestellten und Beamten den Korruptionsschwindel rücksichtlos blozulegen und an diesem Schuldspiel zu zeigen, daß nur eine andere, die kommunistische Gesellschaftsordnung, solche Zustände unmöglich

Waldenburg, den 1. September 1924.

Breslau

Eintrittskarten.

Alle Funktionäre müssen Mittwoch und Donnerstag, den 22. und 23. Oktober, Karten zum Vorverkauf für die Aufführung von § 218 im Parteibüro oder in der Buchhandlung abholen.
Mittwoch, Mittwoch, den 22. Oktober, abends 7.30 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Hotel "Zum Lessing", Altdorfstraße 10.

Zugestellung: Unsere Arbeiten in den Gewerkschaften und Gewerkschaften.

Die Wichtigkeit der Zugestellung erfordert vollständiges Erfreien.

S.P.D., Ortsgruppe Breslau:

J. A. Schulz.

Waldenburg. Der Brotwucher niedriger ge-
troffen ist. Die Bäckermeister des Kreises Waldenburg haben
den Brotkreis von 72, 70 und 68 Pfennigen auf 66 auf ein
pelles, und 62 Pf. auf ein dattes Brot, 1800 Gramm schwer,
herabgesetzt.

Die Stadtverordneten-Versammlung
am morgigen Donnerstag wird sich erneut mit dem Antrag der
Deutsch-Wohlthilfe wegen Feststellung von Ausländer-

wohnungen zu beschäftigen haben. Dabei wird Herr Hart wieder das neue Stedenfend der SPD, Antisemitismus zum Gaudium der Deutschnationalen reiten. Um wieder einmal ihren christlichen Mitläufern aus der Arbeiterschaft Kleider gern Sand in die Augen zu streuen, hat die Zentrumsfaktion eine demagogische Anfrage betreffend Mahnahmen gegen die sozialpolitische Tevernung vorgelegt. Ebenso hinreichend ist der Antrag Hahn-Bretzen: Aufhebung der Zwangswirtschaft für möblierte Wohnungen und Zimmer. Dadurch soll nur der Besitzenden ohne Abschlusssummen Wohnungen verschafft werden. Die Arbeiter gehen natürlich leer aus. Am Ende von sieben anderen kleineren Vorlagen steht der Antrag der Genossin Kupke: Überlassung von Schulräumen für die proletarischen Jugendorganisationen zur Debatte. Wie wir erfahren haben, soll die Proletarierjugend die Räume nur gegen Entgelt erhalten. Die S.P. hat die Pflicht, sich im Zuhörerraum die Beratung über ihren Antrag anzuhören.

Proletarier werden genepp! Die Eisenbahndirektion teilt mit: Bei dem riesenden Publikum herrscht vielfach Unklarheit darüber, in welchen Fällen Reisekörbe, Kisten, Koffer usw. als Frachtstücke in die 4. Wagenklasse mitgenommen werden dürfen. Zulässig ist, wie die Eisenbahnverwaltung bestimmt, gibt ihre Mitnahme in die Abteile der viersten Klasse nur, wenn sie ein einzelner Fußgänger ohne fremde Hilfe tragen kann. Keinesfalls darf jedoch ihr Gewicht 50 Kilogramm übersteigen. Ihre Mitnahme muss jedoch schon bei einem geringeren Gewicht als 50 Kilogramm beanstandet werden, wenn

der Umfang der Kesselförde, Kisten, Koffer oder des sonstigen Reisegepäcks ein derartiger ist, daß sie ein einzelner Fußgänger des großen Umsanges wegen nicht allein tragen kann. Solches Gepäck muß ausgegeben und im Packwagen befördert werden.

Oper-Theater.

Wera Mirzawa mit Maria Orska — ein Geschenk für die jüdische Bourgeoisie und die Halbwelt. Russisch war nichts — bis auf die Namen und das Volk.

Tendenz — ein Ausschnitt aus dem Leben „russischer“ Aristo-Kratz mit theatralischen Effekten. Maria Orska gab dem Stück Schwung und Wirkung.

Romanistische Gemeindevertreter!

zwingt die Ortsparlamente zu dem Beschluss, daß auch die wichtige Reichszeitung „Die Kommune“ von der Gemeinde bezahlt wird. In Dittersbach und Königszelt haben es die Genossen schon durchgesetzt.

Verantwortlich für den gesamten Text: Rudolf Welte, Breslau, Verlag: Rudolf Müller, Breslau; Verlag: Pro-
duktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H.
Breslau, Druck: Veubag-Berlin, Filiale Breslau.

Am 18. Oktober 1924 verschied der Rentner

Herr Hermann Weirich

von hier im Alter von 69 Jahren.

Der Verstorbene ist vom 1. Januar 1893 bis 31. Dezember 1913 als Stadtverordneter und vom 1. Januar 1914 bis 13. Mai 1919 als Magistratsmitglied in der städtischen Verwaltung tätig gewesen.

Als Forstdezernent hat er sich bleibende Verdienste um das städtische Gemeinwesen erworben. Ein ehrendes Andenken bleibt ihm gesichert.

Gottesberg, den 18. Oktober 1924.

Der Magistrat.
Dr. Gleitsmann.

Die Stadtverordneten-Versammlung.
August Ullrich.

Theater

Wochenende 22./23. 10. 1924.

Stadttheater

Ablage:

Gleiter.

Sachsen:

„Der kleine Engel.“

Uebertreter

Kommissar:

Die verarmte Stadt.

Abends:

„Danton.“

Theatralischer

„Die kleine Dame.“

Schauspielhaus

Der Jüge Schauspieler

„Liebhaber-Theater.“

„Der Sargträger.“

Schauspielhaus

Eröffnungsabend

Tel. Ring 2245.

heute u. täglich 8 Uhr.

Der Jüge

Ritter

Sonntag nachm. 3 Uhr.

„Der alte Schauspieler.“

Ciebich-Theater

1000

TÄGLICH 8 Uhr

Gastspiel

Siegmond Breitbart

„Der Eisenkönig“

u. das große Oktoberprogramm

mit

Fiamette Hildegard

Deutschlands best. Tanzkünstlerin

Die drei Swift

Eine große Überraschung!

und die

internationalen Attraktionen.

PEUVAG

Papier-Erzengungs-
und Verwertungs-
Aktien-Gesellschaft

Berlin

Filiale Breslau

Trebnitzer Str. 5c

Ab

hier

eret

elen

Se

Programme

Eintrittskarten

Briefbogen

Plakate

Rechnungen

Flugblätter

urz alle Dienstage

für

Private, Vereine

und Behörden

Amtliche Bekanntmachungen von Nieder-Hermsdorf.

Gemäß der Amtsblatt-Berordnung vom 10. September 1828 und 27. September 1852 werden die Interessenten

durch aufmerksam gemacht, daß das

gesetzlich vorgeschriebene Abraupen der

Bäume und Sträucher während der

Herbst- und Wintermonate zu er-

folgen hat.

Wer dieses Abraupen unterläßt, macht

nach § 368,2 des Reichsstrafgesetzes

strafbar und hat außerdem das

gedachte Abraupen auf seine Kosten zu

gewürgen.

Nieder-Hermsdorf, 15. Oktb. 1924.

Der Amtsverwalter.

Betrifft: Versammlungen unter freiem

Himmel und Aufzage.

Hierdurch mache ich die hier be-

stehenden Vereine, Organisationen und

Korporationen auf die Verordnung des

Herren Reichspräsidenten vom 26. April

1924, wonach alle Zeilneymer an nicht

genehmigten Versammlungen unter freiem

Himmel und Umzügen mit Haft und mit

Geldstrafe bis zu 150 Mf. und die Ver-

aufsteller, Leiter und Redner solcher

Veranstaltungen mit Gefängnis und

mit Geldstrafe oder mit einer dieser

Strafen bestraft werden, noch besonders

und erneut aufmerksam.

Nieder-Hermsdorf, 15. Oktb. 1924.

Der Amtsverwalter.

Sammelbefreiungen auf freies, ne-

saugut sind bis 30. Okt. über 1924 der

Polizeibehörde hier selbst — die die Weiter-

leitung der Bestellung in die Hand

nimmt — abzugeben.

Unter Hinweis auf die im Hausschl

des Amtsgebäudes hier selbst hängende

ausgehängte Polizei-Berordnung vom

27. August 1924 betr. Bekämpfung des

Karottenskreb des ordne ich nachstehend

folgendes an:

„Sämtliche Bandwirte und Klein-

parzellenbesitzer dürfen nur anerkannt

freies Saugut zum Anbau ver-

wenden.

Weizstein, den 17. Oktober 1924.

Der Amtsverwalter-Stellvertreter.

Bekämpfung des Karottenskreb

des Amtsgebäudes hier selbst

hängt an die Rote Blätter Wittenburg und

Georgium und von 7 Uhr ab.

Amtl. Bekanntmachung von Dittersbach.

Abräumen der Bäume.

Es wird darauf hingewiesen, daß das vorgeschriebene Abraupen der Bäume nach Maßgabe der Amtsblattverordnung vom 10. September 1928, Seite 292/91 und vom 27. September 1852, Seite 351 übereall mit größter Sorgfalt zur Ausführung zu bringen ist. Wer das Abraupen der polizeilichen Verordnung unterläßt, ist nach § 368 des Reichs-

Straf-Geley-Buches mit Gefängnis bis zu 150 Mf. oder mit Haft bis zu 14 Tagen zu bestrafen und hat außerdem die Herabsetzung des Abraupens auf sein Kosten zu gewärtigen.

Dittersbach, den 16. Oktober 1924.

Der Amtsverwalter-Stellvertreter.

G. Bergmann.

Bekanntmachungskalender

Breslau, Bezirk Bell, Freitag, den 24. Oktb.

abends 7.30 Uhr, Begegnungskalenderung in

Hotel von Wiss, Frankfurter, Ecke Slogaus

Strasse. Laut Leiter, Begegnung: Thema über

Wittland. Es wird dringend erürgt, alles pünktl

haft zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mit

Jubiläen.

District 9, Freitag, den 24. Oktb., 11 Uhr, Höhlestraße 6, außerordentliche Distrikts

verordnung, 1. Punkt der Tagessammlung.

Die Gewerkschaftsbürokratie und die Betriebsräte.

Digitale IT-Systeme der Betriebswirtschaft und der Arbeiterschaft ein gutes Werkzeug gegen die Politik der Bürokratie wurde. Die Bürotatze nutzte deshalb die Massenmedien, um revolutionäre Meinungsverschiebungen auszurufen.

卷之三

Lamb sangt aufgegeben. Er ist für sie nur noch ein Stoff an wenigen Seiten ein fümmisches Dasein hilfend. Gegenlos jossen beim Reformismus und beim Gompunkt Betriebsräten ist vorbei. In der fünftigen Gutteilung der revolutionären Hoffnung kommt Schonberg in ihrem Verhältnis zu den Betriebsräten zum Vortheil. An den Betriebsräten stößt die Arbeiterschaft im November 1918 damit wiederum als erste das Signal der bölligen Besetzung der Betriebe. Sie erkennen sich wiederum als die Mutter, mit denen sie die Großfassung durchzuführen bestrebt der Revolution. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß berufliche und damit die Novemberrevolution weiterreichen können. Zum Gurd des Sophosianus. Die Betriebsräte sind keine Gebiäde sind, die nur überwunden werden können.

卷之三

Klallenkomplex. Die Gewerbetreibaburkette "Moss" zitt' leben
Zelt mit Grünes Wren Arbeitsgemeinschaft übertrag durch
ber sie die Verpflichtung übernahm, die kapitalistische Wirt-
schaft vor jedem revolutionären Mariff zu schützen. Die
Reformisten standen somit sofort in den heftigsten Gegensatz zur
zu den Seiten der revolutionären Arbeiterschaft. Sie wurden
von Grana an die überzähnlichsten Feinde der Betriebsräte.
Nur in einer riesigen Dreitelle im Frühjahr 1919, gegen die
die im der damaligen Regierung auslöschende Gewer-
beitsaburkette die weisgarbischen Freikorps einzog,
konnte die Erhaltung der Betriebsräte durchgesetzt werden. Die
Reformisten fügten sich damals aus "psychologischen Zweck-
rücksichtsräumen", wie Körpel in der "Arbeit" schreibt, weil
sonst der Kampf der revolutionären Arbeiterschaft sehr leicht
die ganze schonende Herrschaft der Bourgeoisie militärisch den
geformierten führen konnte.

freien Gewerkschaften.

Der dritte Weltkrieg, der 1919, hat für die revolutionären Gewerkschaften der ganzen Welt erneut die un-
heute Richtigkeit der Betriebsräte unterstrichen. Die Ge-
fährdungen in Rußland und in Deutschland haben bewiesen,
dass sie unentbehrlich sind für die revolutionäre Entwicklung
der verrätländigen Massen und für den revolutionären Kampf
gegen die Bourgeoisie. Für die Entwicklung der Arbeiterschaft
hab die Betriebsräte beschlossen größter Wichtigkeit, dass
sie in jedem Betrieb die gesamte Arbeiterschaft gleichmäßig ob
gewerkschaftlich organisiert oder unorganisiert und gleichzeitig
wescher politischen Richtung umfassen. Sie sind damit die
beruflichen Organe der Betriebsleitung der Massenunterstellt
des Proletariats. Entsprechend der Wichtigkeit der Betriebs-
räte müssen sie in den Mittelpunkt der Arbeit der revolutionären

Bildungspreis:
Singlesnummer 10 Pfennig

Berlin, im Oktober 1924

Verleihung statutarialer Abreise
an allen Comptoirs der Deutschen
Post, Berlin, Wittenbergstrasse 17

Die bisherigen Ergebnisse der Einheitskampagne.

Glück gewisse Gruppe der Kampagne zur Verstellung der gewerblichen Freiheit nicht bereits hinter uns. Es tut noch Menschen zu halten.

Unterstützung vom sozialen Standpunkt her.

Auch rechnen mit der Eindringung des Betriebsratspräsidiums die Gewerkschaften öffentlich aus. Sie verfügen über eine sehr starke Unterstreichung an den Betrieben. Unter keinen Umständen kann es sich um einen gewaltsamen Aufstand handeln. Unter der Führung Schäffung und Vorbereitung der Betriebsräte für ihre Aufgaben an der Wirtschaftsführung müssen zunehmend teilnehmen, versuchen die Reformierten die Betriebsräte von ihren wichtigen Tätigkeiten abzulenken. Gleichzeitig werden Betriebsräte und Betriebsärzte durch Überredungen auf die Wahlberechtigung bedacht und stärker vor als bei den Gewerkschaftswahlen. Hieran aufmerksam und aufgerufen werden die Männer zu mobilisieren, geben die Gewerkschaften keine Autorität an den Betriebsräten nicht. Voraussetzung für den Kampf gegen die Kapitalisten, für den Kampf um die Kontrolle der Produktion, sondern im Gegenteil - die Bildung einer christlichen Autokratie, die bestimmen, was die großen Betriebschaffner, Finanz- und Konzernen, die sogenannte Gewerkschaften der Betriebsräte aufzuhören, um sie mit Hilfe dieser Organe möglichst vor die Revolution zu schützen. Der müssen darum kämpfen, daß die Gewerkschaften, die Gewerkschaften der Betriebsräte überall wieder ins Leben gerufen werden. Denn die Eröffnung hat tatsächlich beobachtet, daß es mit Hilfe dieser Organe möglich war die Reaktionen des Reaktionismus empirisch anstreben und die Autokratie zu bringen, dem Willen der Arbeiterschaft nachzugeben.

erfolgte im September an beantragtem. Eine Antwort fehlte schriftliche „Verständigung“ über die Waffe der von ihnen gewünschten vorreichenden militärischen Verbündungen vor. Dies bedeutet nichts anderes als einen Verzögerungsversuch. Gleichzeitig stellten Ministerbros. Griens hofften sie Zeit zu nutzen; abwehrend nutzten sie die Muster an einer unverhofften Erfahrung probieren, um bereit einen Vorwand zum Abbruch weiterer Verhandlungen zu schaffen. Der Spruch der russischen Geschäftsfrauen lautete bestimmt: „Wohltuend ist es, wenn man einen Fehler macht, den Ministerbros. die Ergebnisse der Verhandlungen mit der SFGT, wohltuend zu vertreten machen.“

Ober während der SFGT-Ministerbros. schwärzt — wegen schlechter Erfüllung — auf der abgelehnten Stopp-Tasse diese Straße zu einem trocken gebliebenen Stofffleck auf dem eisigen Gewerbeschlagschot und durch das vorliegende Objekt. „Und so ließ ich diesen kleinen Ausdruck — hier war der Abschlußkondensationsprozeß besser verlaufen — machen. In den nächsten Gewerbeschlagschoten ein Gewerbeschlagsprojekt, dessen Tempo bereits gewisse Führer mitreist und sie nun Zuschauer des sich entzündenden Lutens befindet, der aus der Künste der Kunstschmiede geschmiedet wurde.“

„Ich die Tatsache der Entwicklung eines kürzlichen Bruchpunkten ihrer Gewerbeschlagsfertigkeiten nicht ohne Interesse.“

Dennoch mit der Aussprache in Kuff und dem Kühnen. Damit dem „herrschaftlichen“ Ausdrucksstil der Ministerbros. Gleichwohl stellen die internationalen Gewerbeschlagsfertigkeiten eine zumindestige „Verantwortung“ der russischen Geschäftsfrauen dar. Es kann nicht anders sein, wie die Kommission der SFGT, „Gute“ und „gute“ Geschäftsfrauen, die vom Kühn und dem Kühnen bestimmt werden, die organisierten Verhandlungen der beiden Gewerbeschlagsfertigkeiten mit der kommunistischen Untergruppe